



Peter Klasvot

Dieser Tage gibt es, von der gesellschaftlichen und auch kirchlichen Öffentlichkeit fast unbemerkt, ein ganz besonderes Jubiläum: Am 15. Mai 1891, vor ziemlich genau 120 Jahren, legte Papst Leo XIII mit seiner ersten Sozialenzyklika „Rerum Novarum“

den Grundstein für die Soziallehre der Kirche. Mit der industriellen Revolution und der Verelendung der Arbeiterklasse ab Mitte des 18. Jahrhunderts drängte der „Arbeiterpapst“, wie Leo XIII. später genannt wurde, auf die Lösung der „Sozialen Frage“ und machte sich insbesondere zum Anwalt der Arbeiter und ihrer Familien. Die Forderung nach guter Arbeit und gerechtem Lohn sowie der angemessenen sozialen Absicherung der Arbeiter sind seitdem Marksteine sozialer Reflexion und Koordinaten auch heutiger sozialpolitischer Auseinandersetzungen, wenngleich unter gänzlich anderen Voraussetzungen.

Da lässt aufhorchen, dass sich pünktlich zum Tag der Arbeit am 1. Mai 2011 die Arbeiterfrage aufs Neue stellt, ausgerufen diesmal von den Gewerkschaften, die eine Überschwemmung des heimischen Arbeitsmarkts befürchten: von Arbeitnehmern aus dem europäischen Ausland, aus Polen, Tschechien, Ungarn und fünf weiteren osteuropäischen Beitrittsländern von 2004, denen der Arbeitsmarkt in der EU ab diesem Tag offen steht. Denn die Freizügigkeit der Arbeitnehmer ist ein Grundrecht, das Staatsangehörigen eines EU-Mitgliedstaates erlaubt, in einem anderen EU-Mitgliedstaat zu denselben Bedingungen wie die Bürger des jeweiligen Mitgliedstaates zu arbeiten.

So mischt sich in die Forderung nach „Arbeit für alle!“ die inständige

## Arbeit für alle! Überall?

Bitte: „aber bitte nicht bei uns!“. Die Angst vor billiger Konkurrenz aus dem Osten mag überzogen sein, aber vor allem klingen diese mahnenden Worte wenig solidarisch mit jenen, die in ihren Herkunftsländern oft nur einen Bruchteil dessen verdienen, was ihren Kollegen im Westen gezahlt wird. Arbeitsmigration gibt es vor allem für gut ausgebildete Arbeitskräfte, die dem Ruf des Fachkräftemangels folgen, die aber gerade auch in ihren Heimatländern dringend gebraucht würden. Der polnischen Ärztekammer zufolge hatten schon 2004, im Jahr des EU-Beitritts ihres Landes, innerhalb weniger Monate mehr als tausend Ärzte das Land verlassen, um im Ausland zu arbeiten. Vom *care drain*, dem Abfluss an Fürsorge, sind dabei nicht nur die ohnehin schlecht ausgestatteten Krankenhäuser Polens oder Rumaniens betroffen: Auch der wachsenden Mittelklasse in Ost- und Mitteleuropa fehlt immer öfter bezahlbares Personal für die Pflege ihrer Eltern daheim, weil heimische Pflegekräfte im Westen mehr verdienen. Die Lücke, die sie hinterlassen, wird mit nachrückendem Personal aus den noch ärmeren Ländern Osteuropas geschlossen: aus Weißrussland, der Ukraine, Moldawien. In Polen etwa kann ein gelernter Arzt aus der Ukraine heute mit Hilfsarbeiten das Doppelte seines heimatlichen Salärs verdienen. Polen, Ungarn, die Slowakei und Tschechien werden somit zu attraktiven Einwanderungsländern für Menschen aus der Ukraine und Weißrussland und zunehmend auch aus Asien und Afrika.

Fragt sich nur, wie deren Gesellschaften den Abfluss gut ausgebildeter Fachkräfte verkraften, die nicht oh-

ne weiteres Ersatz besorgen können. In strukturschwachen Regionen der Ukraine etwa sind es in manchen Orten mehr als 20 Prozent der Bevölkerung, die vorübergehend oder auch für immer ihrer Heimat den Rücken gekehrt haben – mit unabsehbaren Problemen und sozialen Verwerfungen. Manche bleiben nur ein paar Monate im Ausland, andere über Jahre; und wenn es nicht gelingt, die Familie nachzuholen, werden die Kinder bei Verwandten untergebracht: „Euro-Waisen“, materiell versorgt, aber sozial vernachlässigt und nicht selten sich selbst überlassen.

Es ist vielleicht bequem, dem Fachkräftemangel hierzulande mit der Anwerbung Arbeitswilliger aus dem Ausland zu begegnen. Aber es löst nicht die sozialen und gesellschaftlichen Probleme in unserem Land, wenn gleichzeitig fast 20 Prozent der 30-Jährigen im Jahr ohne abgeschlossene Berufsausbildung bleiben, ein Drittel von ihnen mit Migrationshintergrund (Baumert, 2011). Deren soziale und berufliche Integration ist eine der drängendsten Aufgaben, verbunden mit einer breit angelegten Bildungs-offensive.

Die Arbeiterfrage, so scheint es, ist im 21. Jahrhundert wieder offen, diesmal im Kontext von Bildungsgerechtigkeit und Arbeitsmigration in der globalen Welt. Sie verlangt auch heute nach einer solidarischen Antwort: Arbeit für alle! Gute Arbeit und gerechter Lohn. Überall. Das wäre ein willkommenes Jubiläumsgeschenk – mit und auch ohne Enzyklika.